

## Vorwort

Die öffentlichen Debatten in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern sind in den Sommermonaten des Jahres 2015 weitgehend von den Herausforderungen durch Migration und Fluchtbewegungen bestimmt. Andere „Mega-Themen“ sind zumindest vorübergehend in den Hintergrund der öffentlich-medialen Aufmerksamkeit getreten. Das gilt nicht zuletzt für die „Energie-Wende“. Aber schon der Herbst 2015 bringt mit der Internationalen Konferenz zur Post-2015-Agenda in New York im September und der Klimakonferenz in Paris ab Ende November die Aktualität der Energiepolitik von neuem auf die Tagesordnung der Weltgemeinschaft. Die Zukunft der Energiegewinnung und eine dauerhaft sichere Energieversorgung gehören zu den Kernfragen nationaler und internationaler Wirtschafts- und Umweltpolitik und einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie. Symbole dafür sind etwa die in jüngster Zeit beobachtbaren Bemühungen der größten „CO<sub>2</sub>-Ausstoß-Sünder“ (China, USA), den Energiehunger ihrer Volkswirtschaften umweltverträglicher zu stillen: Barack Obama trifft gegen Ende seiner Präsidentschaft Vorkehrungen, eine Energiewende in den USA zu forcieren; mit dem „*Clean Power Act*“ (August 2015) werden endlich Ziele zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei der Kohleverstromung (um 32 % bis 2030 gegenüber dem Jahr 2005) sowie zur Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung (von derzeit 14 auf 28 % bis 2030) definiert. China beginnt nicht zuletzt angesichts der extremen Luftverschmutzung damit, alte Kohlekraftwerke durch effizientere Meiler sowie durch Wind- und Solarparks zu ersetzen. Im Juni 2015 hat das G7-Treffen in Elmau den Umbau der Energieversorgung bis 2050 in Aussicht gestellt; erstmals verpflichteten die G7-Staaten sich selbst, die Nutzung fossiler Energieträger zur Gewinnung von Strom, Wärme und Kraftstoffen zu beenden und parallel dazu den Ausbau erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern zu forcieren. Auf der europäischen Ebene setzen die Beschlüsse des Europäischen Rats zum Europäischen Klima- und Energierahmen 2030 vom 23./24. Oktober 2014 EU-weit verbindliche Ziele zur Minderung von Treibhausgasemissionen (um mindestens 40% gegenüber 1990) und zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien (27%) sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz. Die genannten Schritte gewichtiger nationaler und supranationaler politischer Akteure können als Indizien für die – wenngleich

sehr spät und langsam – wachsende politische Willensbildung zu einer grundlegenden Neuausrichtung im Bereich der Energieversorgung und der Klimapolitik gelesen werden, deren Dringlichkeit seit langem außer Frage steht. Angesichts der weltweit dramatischen Klimaschutzbilanz lässt die – wie mühsam auch immer – voranschreitende Verständigung zwischen den größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit bei aller Skepsis eine vorsichtige Hoffnung auf einen guten und effizienten Kompromiss bei der Klimakonferenz in Paris wachsen.

Für die Neuausrichtung der Energiepolitik (nicht nur) in Deutschland bildet „Fukushima“ eine Epochenschwelle. Der katastrophale Tsunami im März 2011 zerstörte das Kernkraftwerk in der japanischen Küstenstadt weitgehend und löste einen atomaren Unfall sehr großen Ausmaßes in einem Hochtechnologie-Land aus. Ein solches Szenario war bis dato von vielen, nicht zuletzt von der deutschen Bundeskanzlerin, für so unwahrscheinlich gehalten worden, dass die Einschätzung des „Restrisikos“ nicht zu einer Abkehr von der Nuklearenergie ausreichte. Das änderte sich durch das Ereignis in Fukushima schlagartig, bei dem Naturkatastrophe und technologischer Super-GAU nahezu in eins fielen – und die Unbeherrschbarkeit des Risikos buchstäblich aller Welt in dramatischer Weise vor Augen führte. Die Physikerin Angela Merkel hielt nun eine neue Risikobewertung für unabdingbar und vollzog eine radikale energiepolitische „Umkehr“. Die „Energiewende“, in den Jahrzehnten zuvor ein politisch utopisch erscheinendes Projekt, das auch in der öffentlichen Diskussion nur ein Mauerblümchen-Dasein in Teilen der „linken“ Presse fristete (vgl. den Beitrag von Beatrice Dernbach), wurde binnen Tagen zum Regierungsprogramm für Deutschland erhoben. Dem Moratorium für die deutschen Kernkraftwerke folgten der Atomausstieg und – gegenüber den damit wieder in den Fokus rückenden fossilen Energieträgern, insbesondere der CO<sub>2</sub>-intensiven Kohleverstromung – die Zielsetzung, den Energiebedarf längerfristig mehrheitlich aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Für Deutschland sind damit Denuklearisierung und Dekarbonisierung auf der Ebene politischer Entscheidung angekommen und erfordern Konzepte für die strategische Umsetzung.

Die Konkretisierung dieser von Klimaschützern, Atomkraftgegnerinnen, Umweltethikern und -politikerinnen schon lange geforderten „Wende“ stellt eine immense und vielschichtige Herausforderung dar:

Als politisches Projekt liegt die „Energiewende“ auf der Schnittstelle von Technologie, Wirtschaft und Ethik und markiert eine, wenn nicht *die* zentrale Steuerungsaufgabe zur Sicherung einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Lebensweise, einer nachhaltigen und die Grundlagen allen Lebens auf der Erde schonenden Nutzung der Primärenergiequellen sowie eines entsprechenden Umbaus der Gesellschaft von der lokalen bis zur globalen Ebene. Der notwendige Umbau der Energiewirtschaft erfordert tiefgreifende Steuerungs- und gigantische Infrastrukturmaßnahmen. Sie sind kostenintensiv, greifen tief in die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger ein und können schon deshalb nicht ohne Akzeptanz und Mitwirkung durch die Bevölkerung umgesetzt werden. Mit der politisch-strukturellen Einleitung der Energiewende muss eine Neuorientierung der Konsummuster und der Lebensstile einhergehen. Bewusstseinsbildung und neue Handlungsmuster der Konsumentinnen und Konsumenten können nicht „verordnet“, sondern nur eingeübt und durch entsprechende Anreize unterstützt werden. Alles in allem geht es um eine „große Transformation“, die das Verhältnis von Mensch und Ökologie, die Art des Wirtschaftens und die Kultur des Zusammenlebens in der Gesellschaft grundlegend verändern wird (vgl. den Beitrag von Sabine Schlacke und James Kröger).

In die grob skizzierte Situation eines unter dem wachsenden Druck der sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen des Klimawandels endlich Gestalt annehmenden politischen Umdenkens in Sachen Energiewende / Transformation veröffentlichte Papst Franziskus im Juni 2015 seine lang erwartete Umwelt- und Sozialenzyklika „*Laudato si*“. Sie ist, ebenso wie die seither bei zahlreichen Gelegenheiten wiederholten Mahnungen des Papstes zur ökologischen „Umkehr“, auch an die politischen Akteure auf dem internationalen Parkett gerichtet und fordert sie zu einem entschlossenen Umsteuern in Sachen Klimaschutz und Energiewende auf (vgl. den Beitrag von Marianne Heimbach-Steins und Andreas Lienkamp). Mit der Betonung des zwingenden Zusammenhangs zwischen der Klima- und Umweltproblematik auf der einen Seite und dem weltweiten Armutsproblem auf der anderen Seite legt er den Finger in die Wunden eines komplexen globalen und intertemporalen Gerechtigkeitsproblems und markiert den zentralen Fokus für eine ethische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Dimensionen dieses Szenarios.

Das vorliegende Jahrbuch greift die Herausforderungen der Energiewende dementsprechend unter dem Vorzeichen auf, dass es um ein hochkomplexes Problem gesellschaftlicher, globaler und intergenerationaler sowie ökologischer Gerechtigkeit geht. Im öffentlichen Diskurs wird die Energiewende vor allem aus politischer und wirtschaftlicher Sicht betrachtet; insbesondere wenn es um Infrastrukturprojekte wie den Bau neuer Stromtrassen oder Windparks geht, geraten Akzeptanzfragen und die Bedeutung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in den Fokus der Aufmerksamkeit. Das Thema betrifft viele Lebensbereiche und verlangt zwangsläufig die Auseinandersetzung und konstruktive Bearbeitung auf allen politischen Ebenen von der Kommune bis zu den europäischen und internationalen Institutionen (vgl. die Beiträge von Antonia Graf und Doris Fuchs sowie von Ortwin Renn). Nur in einer transdisziplinären Herangehensweise werden die Gerechtigkeitsherausforderungen, die das Thema impliziert, konkret fassbar. In diesem Band finden sich daher neben sozialetischen Beiträgen Analysen aus juristischer, politikwissenschaftlicher, wirtschaftswissenschaftlicher, kommunikationswissenschaftlicher und soziologischer Perspektive sowie aus der zivilgesellschaftlichen Praxis. Trotz der darin artikulierten Vielfalt der Untersuchungsansätze und -methoden können die Beiträge die Komplexität des Themas jedoch nicht vollständig abbilden und reflektieren. Die Überlegungen konzentrieren sich auf eine Reihe vor allem politisch-ethischer sowie sozial- und umweltethischer Fragen, in deren Licht Desiderate für die weitere ethische Forschung und ihre transdisziplinäre Vernetzung identifiziert werden.<sup>1</sup> Mit diesem Jahrbuch möchten wir vor allem einen Impuls für die zu intensivierende sozial- und umweltethische Debatte über die Gerechtigkeitsimplikationen von Energiegewinnung, Energieversorgung, Energiekonsum und Energiesicherheit als Grundlage wirtschaftlicher Interaktion und Kommunikation von der lokalen bis zur globalen Ebene geben.

Diesem Anliegen entspricht es, dass die *Ouverture* in diesem Band üppiger bestückt ist als sonst. Insgesamt fünf Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven eröffnen ein breites Spektrum sozial- und umweltethischer

1 Wir bedauern, dass zwei weitere vorgesehene Beiträge aus wirtschaftswissenschaftlicher beziehungsweise aus wirtschaftsethischer Perspektive aufgrund der Anforderungen des Peer-Review-Verfahrens nicht zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden, aber auch nicht mehr kompensiert werden konnten.

Fragen und Dimensionen der Energiewende, in dem dann auch die nachfolgenden Forschungsbeiträge angesiedelt sind:

Der Semantik des Begriffs „Energiewende“ geht die Kommunikationswissenschaftlerin *Beatrice Dernbach* mit einer aufschlussreichen Medienanalyse nach: Außer Frage steht die vorherrschend politische Prägung der bis in die 1980er Jahre zurückzuverfolgenden sprachlichen Neuschöpfung. Von einem Nischendasein in wenigen, eher „links“ konnotierten Printmedien in der Zeit der Anti-Atomkraftbewegung wird ihr eine steile Karriere zu einem nahezu omnipräsenten Topos in der Post-Fukushima-Ära bescheinigt. *Sabine Schlacke* und *James Kröger* skizzieren aus umwelt- und planungsrechtlicher Perspektive die immensen Anforderungen an die Umsetzung der Energiewende als „Große Transformation“. Um Versorgungssicherheit auf der Basis der künftig vorrangigen Nutzung erneuerbarer Energiequellen und der Priorisierung des Klimaschutzes zu gewährleisten, ist der „gestaltende Staat“ gefordert. Er steht vor der Aufgabe, mit den Bürgerinnen und Bürgern einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ auszuhandeln: Die Erfordernisse des Umweltschutzes (Klimaschutz als Staatsziel) sind mit den Belangen der Wirtschaft und der Belastbarkeit der Bevölkerung unter den Geboten von Transparenz und Bürgerbeteiligung auszutarieren und die notwendigen Abstimmungs- und Harmonisierungsprozesse im Mehrebenensystem der Politik voranzutreiben.

Der Umweltökonom *Andreas Löschel* reflektiert die Kosten der Energiewende für Unternehmen und Privathaushalte. Er beschreibt zunächst die Schwierigkeiten, diese Kosten zu erheben. So stellt sich z. B. die Frage, was genuin der Energiewende geschuldete Kosten sind und welche Aufwände in jedem Fall auch ohne die energiepolitische Neuausrichtung entstanden wären. Darauf aufbauend skizziert er einerseits die Preisentwicklung für die Letztverbraucher im Energiesektor und diskutiert die branchenspezifisch unterschiedlichen Belastungen durch Energiekosten für Unternehmen in Relation zur Wertschöpfung. Auch private Haushalte sind, je nach verfügbarem Einkommen, durch steigende Energiekosten sehr unterschiedlich betroffen: Dass die Asymmetrie zu Lasten der ärmeren Haushalte geht, die Energiewende mithin für einen nicht geringen Anteil der Bevölkerung (ca. 10–12 % der Haushalte) die Gefahr der Energie-Armut steigert, belegt Löschel anhand aktueller Daten.

Diese Spur aufnehmend, fragt der am Wuppertal-Institut für Klimafolgenforschung tätige Sozialwissenschaftler *Michael Kopatz* unter der Leitperspektive von Sozial- und Suffizienzpolitik nach Bedingungen für

das Gelingen der Energiewende in Deutschland und ergänzt so im Blick auf die gesellschaftlich-politische Praxis einige Aspekte, die im Beitrag von Schlacke/Kröger eingeführt wurden: Im Vordergrund steht die soziale Tragfähigkeit der Energiewende; zwischen volkswirtschaftlichem Nutzen und steigenden Kosten für die Bevölkerung (EEG-Umlage) bestehen Diskrepanzen und neue Ungleichheiten; zumal für arme Menschen steigt die Gefahr der „Energiearmut“. Diesem Defizit der Verteilungsgerechtigkeit stellt Kopatz die internationale Wahrnehmung der deutschen Energiewende als vorbildliches Projekt einer sozial-kulturellen Transformation gegenüber, die dem Ziel der Suffizienz verpflichtet ist. Dass die konsequente Verfolgung dieses Globalziels sowohl auf individueller und gemeinschaftlicher Ebene – Umkehr zu einem neuen Lebensstil – als auch auf der Ebene politischer Steuerung mit erheblichen Schwierigkeiten einhergeht, reflektiert der letzte Teil seiner Überlegungen. Daran knüpft der Essay von *Hanna Lehmann* unmittelbar an: Am Beispiel der Stadt Freiburg skizziert die Autorin, wie die Hinwendung zu einer „solaren Kultur“ auf lokaler Ebene konkret aussehen kann. Sie veranschaulicht dies zusätzlich, indem sie schildert, wie eine konkrete Institution – hier die Katholische Akademie in Freiburg, an der die Autorin als Referentin und Umweltbeauftragte tätig ist – zum Lern- und Praxisfeld für die Ausprägung und Realisierung ökologischen Bewusstseins und eines neuen, am Kriterium der Suffizienz orientierten Lebensstils werden kann.

In den *Forschungsbeiträgen* werden die Dimensionen der Energiewende als sozial-, umwelt- und politikethisch herausforderndes Großprojekt unserer Epoche unter verschiedenen Rücksichten wieder aufgenommen.

Der Sozialethiker *Markus Vogt* deutet die Energiewende theologisch als „Zeichen der Zeit“, insofern die Menschheit als ganze existentiell betroffen sei, die gegenwärtigen Lebensformen in Frage stünden und eine Abkehr von gewohnten Denk- und Handlungsformen gefordert sei. Theologinnen und Theologen mögen diskutieren, ob tatsächlich die Energiewende oder nicht eher die Klimakrise, auf die mit der Energiewende eine politische Antwort gefunden werden soll, als „Zeichen der Zeit“ auszuweisen ist. Dessen ungeachtet ist es konsequent, wenn Vogt die Diskussion um die deutsche Energiewende einerseits im globalen Horizont kontextualisiert und evaluiert und andererseits die Rolle der Kirche(n) als gesellschaftliche Akteure und Verantwortungsträger berücksichtigt. Seine Skizze zur „Moral der Energiewende“ umfasst verschiedene Schwerpunkte: Er greift die ordnungsethische Dimension

auf, setzt sich umweltethisch mit der Verzögerung des „fossilen Endspiels“ durch *Fracking* auseinander und thematisiert Risikomündigkeit, Suffizienzstrategien und die Frage nach den Steuerungsanforderungen bzw. Gelingensbedingungen der unausweichlichen gesellschaftlichen Transformation als zentrale Aspekte der politischen und zivilgesellschaftlichen Gestaltungsverantwortung.

Die letztgenannte Dimension ist bestimmend für den politikwissenschaftlichen Beitrag von *Antonia Graf* und *Doris Fuchs*, die eine empirische Analyse zu lokalen Transformationsprozessen und deren normativer Einbettung in *Governance*-Strukturen des Mehrebenensystems vorstellen. Die Studie fragt nach treibenden Kräften für die Dezentralisierung der Energie-*Governance*, und zwar auf der Ebene der Werte und Erwartungen, die das erforderliche „Transformationswissen“ zur besseren Steuerung der Energiewende hervorbringen. Unter Berücksichtigung unterschiedlicher analytischer Zugänge zu lokaler *Governance* werten die Autorinnen Quellen einerseits des politisch-legitimierten Systems (EU-Dokumente und Dokumente der Bundesregierung), andererseits der gesellschaftlichen *Bottom up*-Interessenformation (je zwei kritische und befürwortende Blogs) aus. Die Inhaltsanalyse nach den Kriterien Beteiligung/Teilhabe/Emanzipation, Kollaboration/Kompetenzverschiebung, Deliberation/Innovation sowie Effektivität/Effizienz fördert – bei allen Differenzierungen im Einzelnen – einen durchgehend sehr hohen Stellenwert von Beteiligungsaspekten sowohl in den offiziellen politischen Quellen als auch in den Blogs zu Tage. Dieser Befund verweist nicht zuletzt auf die Frage nach den Bedingungen der Akzeptanz von Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung der „Großen Transformation“ und damit auf das Thema des folgenden Beitrags.

Mit der Akzeptanzfrage reflektiert der Soziologe *Ortwin Renn* konkrete gesellschaftliche Voraussetzungen für das Gelingen der Energiewende, die für die Bürgerinnen und Bürger mit ungleich verteilten ökonomischen Zumutungen und mit Eingriffen in die Verbraucher-Autonomie verbunden ist und die bisher zudem durch Inkonsistenzen in der vertikalen Steuerung gekennzeichnet ist (ein Ansatzpunkt für die Forschungsfrage des voranstehenden Beitrags). Dementsprechend fragt Renn nach Modi bzw. Graden und Voraussetzungen von Akzeptanz seitens der Bürgerinnen und Bürger, die damit nicht nur als Betroffene, sondern als Beteiligte bzw. zu Beteiligende und als Mit-Gestalterinnen und Mit-Gestalter der Energiewende ins Zentrum politischer Aufmerksamkeit gerückt werden (sollen). Auch diese Frage verlangt eine Systematisierung unter

dem Vorzeichen der Mehrebenen-*Governance*, wobei Renn vor allem zeigt, wie die unterschiedlichen Anforderungen der lokalen, regionalen beziehungsweise nationalen Ebene zuzuordnen sind. Konvergierend mit der empirischen Analyse von Graf und Fuchs argumentiert auch Renn für mehr Beteiligung und bietet dafür eine demokratietheoretische Begründung.

Beide zuletzt vorgestellten Beiträge können über das Thema der Energiewende hinaus sozialetisch auch für die Diskussion um das Beteiligungsparadigma ausgewertet werden, das kritisiert wird, weil es Status quo-orientiert sei und unter Gerechtigkeitsaspekten zu kurz greife. Demgegenüber wird Beteiligung hier umfassender konzipiert: Die Energiewende als umfassendes gesellschaftliches Transformationsvorhaben verlangt die Aktivierung der bürgerschaftlichen Potentiale nicht nur zur Umsetzung, sondern auch schon zur Generierung von Veränderungswillen, zur Konkretisierung sozial tragbarer Neuausrichtungen, und treibt damit zugleich einen Wandel des politischen Raums als solchen voran.

In gewisser Weise schließt die Kernbotschaft der Enzyklika „*Laudato si*“ hier an: Papst Franziskus beschränkt sich nicht darauf, in deutlichen Worten ein sozio-ökologisches Krisenszenario zu entwerfen und zur Umkehr zu mahnen. Er macht auch den Gedanken stark, dass der Mensch *noch* die Fähigkeit besitzt, eine Wende herbeizuführen. Er besteht darauf, dass jede und jeder einzelne, in welcher gesellschaftlichen Rolle auch immer, als verantwortlicher Akteur und verantwortliche Akteurin „im Spiel“ ist und dass es in der Hand der heute lebenden Menschen liegt, die dringend notwendige ökologische, soziale und ökonomische Transformation einzuleiten. Unter diesem Vorzeichen schien es sinnvoll, einen Beitrag zu dem im Juni 2015 veröffentlichten päpstlichen Schreiben in den Thementeil des Bandes aufzunehmen. Die Enzyklika, mit der erstmals in der Soziallehre der Kirche ein päpstliches Dokument ganz der Programmatik einer „integralen Ökologie“ gewidmet ist, fokussiert nicht allein die Energiefrage, sondern ein viel weiteres thematisches Spektrum, das die sozial- und umweltethische Rezeption noch umfassend auswerten und reflektieren wird. Der Beitrag von *Marianne Heimbach-Steins* und *Andreas Lienkamp* stellt sehr knapp den gedanklichen Duktus des Gesamttextes vor und arbeitet in diesem Horizont die energieethischen Überlegungen von Papst Franziskus als einen Aspekt der notwendigen Antwort auf die Dramatik des Klimawandels heraus.

Erträge, aber auch Defizite der bisherigen christlich-sozialethischen Forschung zur Umwelt- und Energieethik beleuchtet der *Literaturbericht* von *Joachim Wiemeyer*. Eingebettet in eine Orientierung zur Entwicklung des umweltethischen Diskurses in der christlich-theologischen Ethik und ausgehend von der Debatte um die ethische Verantwortbarkeit der Kernenergie als dem historisch ersten Kristallisationspunkt einer Auseinandersetzung mit energieethischen Fragen in diesem Kontext, zeigt Wiemeyer Entwicklungen und Schnittstellen von christlicher Umwelt- und Energieethik im deutschsprachigen Raum auf, identifiziert aber auch bisher vernachlässigte Aspekte und herausfordernde Dialogkonstellationen. Unter dem Vorzeichen globaler und intergenerationeller Gerechtigkeit, aber auch im Blick auf die Mehrebenenproblematik umwelt- und energiepolitischer Entscheidungen und Umsetzungsprozesse müssen nicht nur verschiedene Spezialfragen der Energieethik, sondern auch die tieferen Zusammenhänge zwischen Energiepolitik und Klimaschutz sowie Armut, Welternährungskrise, sozialer Ungleichheit, Flucht und Migration reflektiert werden. Bezogen auf die Folgen des Klimawandels und der Energiewende scheint es erforderlich, die gerechte Verteilung der Lasten intensiver ethisch zu reflektieren und die ethisch und politisch relevanten Potentiale der Beteiligung der Betroffenen auf allen Ebenen verstärkt in die Auseinandersetzung einzubeziehen.

Seit der Gründung des Jahrbuchs Anfang der 1960er Jahre ist dies der erste Band zu einem ökologischen bzw. umweltethischen Rahmenthema. Die Anzahl der Forschenden in diesem Feld ist in der deutschsprachigen christlichen – nicht nur katholischen – Sozialethik noch immer überschaubar und jedenfalls zu begrenzt, um der Weite und Dringlichkeit des Forschungsfeldes umfassend gerecht zu werden. Dass in jüngster Zeit an etlichen Universitäten und Hochschulen interdisziplinäre Verbände und Arbeitsplattformen im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung unter Beteiligung von Sozial- und Umweltethiker/-innen entstehen, ist daher zu begrüßen.<sup>2</sup>

2 Unter anderem wurde an der Universität Münster im Sommersemester 2015 ein Zentrum für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung (ZIN) gegründet (vgl. für weitere Informationen: <https://www.uni-muenster.de/Nachhaltigkeit/>). Unter den AutorInnen dieses Jahrbuchs sind mit Doris Fuchs, Sabine Schlacke und Marianne Heimbach-Steins drei Gründungs- und Vorstandsmitglieder vertreten.

Unabhängig vom Rahmenthema können wir in diesem Jahr zwei frei eingereichte *Forschungsartikel zur Sozialethik* präsentieren.<sup>3</sup> *Matthias Möhring-Hesse* stellt den Denkansatz des Sozialethikers Hermann Josef Wallraff (1913–1995) vor. Zu Unrecht ist der Jesuit – bis auf sein meist zusammenhanglos zitiertes Diktum von der Soziallehre der Kirche als „Gefüge offener Sätze“ – weitgehend in Vergessenheit geraten. Möhring-Hesse präsentiert ihn als eine Gestalt des Übergangs, die sich unter dem Eindruck des kritischen Rationalismus eines Hans Albert schon früh (gemessen an der allgemeinen Entwicklung der deutschsprachigen „Katholischen Soziallehre“ einschließlich deren Fortentwicklung im Jesuitenorden) von der Naturrechtslehre abgewandt und nach alternativen, nicht kognitivistischen Argumentationsmustern gesucht hat. *Peter Kirchschräger* greift Hans Joas' Interpretation der Menschenrechte unter dem Vorzeichen der „Sakralisierung der Person“ auf und setzt sich mit dessen Theorie der Menschenrechte als Ergebnis einer Wertegeneralisierung auseinander. In der Auseinandersetzung religiöser, kultureller und weltanschaulicher Gemeinschaften mit den Ansprüchen der Menschenrechte erwiesen sich diese, so Kirchschrägers These, nicht nur als Ergebnis, sondern als beständig sprudelnde Quelle einer Wertegeneralisierung.

Eine Reihe von *Berichten* bündelt die wichtigsten Erträge sozialetischer Tagungen des zurückliegenden Jahres; die Themen spiegeln einige aktuelle Schwerpunkte der sozialetischen Forschungsdiskussion. In chronologischer Reihenfolge: Im Jahr des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs war die 51. Konferenz der *Societas Ethica. Europäische Gesellschaft für ethische Forschung* vom 21. bis 24. August 2014 in Maribor/Slowenien dem Thema „The Ethics of War and Peace“ gewidmet. *Lars Reuter* und *Arne Manzeschke* berichten darüber. Der Themenkomplex „Gender – Identität – Autonomie“ war Gegenstand des 24. *Forum Sozialethik* vom 08. bis 10. September 2014 in Schwerte. Die Tagungsverantwortlichen *Anna Maria Riedl*, *Michael Hartlieb*, *Anna Kroll* und *Felix Krause* stellen die Ergebnisse vor. Das *Berliner Werkstattgespräch der Sozialethiker(innen)* vom 23. bis 25. Februar 2015, die Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik, galt

3 Die Anzahl der freien Einreichungen für diesen Band war mit sieben Texten erfreulicherweise deutlich höher als im vergangenen Jahr; aufgrund der Ergebnisse des Peer-Review-Verfahrens konnten fünf Artikel nicht zur Veröffentlichung angenommen werden.

dem Thema „Transnationalität und politische Ordnung“; der Bericht von *Stefanie Wahl* informiert über die Tagungserträge. Unter der Frage „Wem gehört das Land – und wozu eigentlich?“ diskutierten die Teilnehmenden der *5. Heppenheimer Tage zur christlichen Gesellschaftsethik* Probleme und Perspektiven des Privateigentums an Grund und Boden. Über Schwerpunkte und Ergebnisse berichten *Hermann-Josef Große Kracht* und *Jonas Hagedorn*.

Wie in jedem Jahr informieren wir in den *Mitteilungen* über die laufenden und jüngst abgeschlossenen Dissertationen und Habilitationsschriften sowie über besonders qualifizierte Examensarbeiten aus der deutschsprachigen christlichen Sozialethik, soweit sie uns gemeldet werden.

An dieser Stelle weisen wir schließlich gerne auf zwei erfreuliche Neuigkeiten aus der Jahrbuch-Redaktion hin: Mit der Berufung eines europäisch-international besetzten *Advisory Boards* konnte der letzte noch ausstehende Schritt zur Adjustierung des Jahrbuchs an die internationalen Qualitätsstandards für wissenschaftliche Zeitschriften abgeschlossen werden. Durch das *Board* wird die Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialethiker/-innen strukturell verbessert und die Expertise weiterer Kolleg/-innen aus verschiedenen Regionen Europas sowie aus der christlichen Ökumene verlässlich einbezogen. Das *Board* dient nicht zuletzt der Fortentwicklung des Jahrbuchs zu einem Medium der europaweiten sozialetischen Diskussion. Dankenswerterweise haben alle angefragten Kolleginnen und Kollegen ihre Mitwirkung zugesagt; das Beratungsgremium wird ab dem kommenden Jahrbuch-Band die Arbeit der Redaktion und der Herausgeberschaft begleiten. Mit dem Aschendorff-Verlag konnte eine Verständigung über die Online-Veröffentlichung des Serviceteils ohne Embargo-Frist erzielt werden: Ab sofort können damit Tagungsberichte zeitnah nach den Veranstaltungen online veröffentlicht werden. Die „Mitteilungen aus der deutschsprachigen Sozialethik“ können unabhängig von dem 12-monatigen Embargo für die wissenschaftlichen Artikel nun auch schon im Jahr des Erscheinens online abgerufen und durchsucht werden.

Der seit langem gepflegten Tradition des Jahrbuches folgend, entbieten wir an dieser Stelle den Kollegen, die im Jahr 2015 einen „höheren“ runden Geburtstag feiern konnten, unsere Glück- und Segenswünsche und verbinden dies mit dem Dank für ihr langjähriges Wirken in der

christlichen Sozialethik. Namentlich gratulieren wir Franz-Josef Stegmann und Bernhard Sutor zum 85. Geburtstag, Herwig Büchele, Lothar Roos und Philipp Schmitz zum 80. Geburtstag, Arno Anzenbacher, Bénézét Bujo und Dietmar Mieth zum 75. Geburtstag, Adrian Holderegger zum 70. und Bernhard Laux zum 60. Geburtstag.

Zum guten Schluss danken wir dem Aschendorff-Verlag für die bewährte Zusammenarbeit und das Entgegenkommen bei der Abstimmung mit der Online-Version, der Universitäts- und Landesbibliothek Münster für die sehr konstruktive Kooperation in der Bereitstellung der Online-Präsenz unter *www.jcsw.de*, der Bielefelder Agentur *synpannier* für die kompetente und unkomplizierte Besorgung des Layouts, dem Lektorat Corrigenda (Frau Daniela Kranemann) für die verlässliche Unterstützung bei der Lektoratsarbeit und Herrn Uwe Rasch für die Korrektur der englischen Abstracts, dem Verein der Freunde des Instituts für die finanzielle Absicherung des Jahrbuchs sowie den Mitarbeiter/-innen und Hilfskräften am Institut, besonders Josef Becker, der diesen Band redaktionell mitbetreut hat, für ihre umsichtige Arbeit.

Münster, im August 2015

Marianne Heimbach-Steins & Petr Štica